

II - 1327 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 875 N

1987 -07- 1 0

A N F R A G E

der Abgeordneten Srb und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend Ausplünderung der Arbeitsmarktverwaltung für wirtschaftspolitische Zielsetzungen (Betriebsansiedelungen)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende

A N F R A G E :

1. Ist Ihnen bewußt, daß die Heranziehung von Arbeitsmarktförderungsmittel für die Betriebsansiedelung hochaktiver ausländischer Konzerne, wie z.B. BMW (60 Mio.), Sony (30 Mio.), General Motors Tochter Rochester (14 Mio.), Liebherr (4 Mio.) usw. eine existenzbedrohende Ausplünderung des Arbeitsmarktförderungsbudgets auf Kosten der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen bedeutet?
2. Wie wird sichergestellt und kontrolliert, daß die zugesagten Förderungsmittel den geplanten arbeitsmarktpolitischen Effekt erbringen?
3. Wie wird kontrolliert, daß die vergebenen Förderungsmittel nicht auf dem Wege verdeckter Gewinnausschüttungen (Lizenzgebühren etc.) an ausländische Konzernmütter transferiert werden?